

## **Deutschlands Politik ist dem Weltfrieden verpflichtet** **Klarstellungen zur freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes**

Frieden kann erst beim Schweigen der Waffen beginnen; vorhanden ist er dann in der Regel noch längst nicht. Um ihn herbeizuführen und zu sichern, sind *friedliche Formen der Konfliktaustragung* erforderlich und anzuwenden. *Sie* bilden die Grundlage von Hochkulturen.<sup>1</sup>

Hochkulturen entstanden in der menschlichen Evolutionsgeschichte stets *nur* dann, wenn für friedliche Lebensverhältnisse *derartig* gesorgt worden war, dass sich die Menschen in Ruhe und mit innerer Gelassenheit dem widmen konnten, was ihnen persönlich in besonderer Weise am Herzen lag. Folglich konnten sie sich frei fühlen, für die angemessene Befriedigung ihrer vitalen Bedürfnisse zu sorgen, ihre persönlichen Angelegenheiten in zufriedenstellender Weise zu ordnen und ihre persönlichen Kontakte mit anderen Menschen zugunsten bestmöglichen Wohls miteinander zu regeln. Das ermöglichte ihnen zugleich auch, sich ihrer *Selbstverwirklichung* zu widmen, indem sie ihren persönlichen Interessengebieten und Hobbys nachgingen sowie sich um die Vervollkommnung ihrer Fähigkeiten bemühten: in der Beschäftigung mit den Wissenschaften, Künsten, Erfindungen, Entdeckungen etc. zur Steigerung ihrer Lebensqualität und der ihrer Mitmenschen. – Die Beschäftigung mit konkreten praktischen Ansätzen zur optimalen derartigen Förderung von *Kultivierung* und *Entwicklung* gehört zu den Aufgabenstellungen der UNESCO.<sup>2</sup>

UN-Generalsekretär António Guterres hatte diese Ausrichtung in der folgenden Aussage auf den Punkt gebracht:

„Alles, wonach wir als Menschheitsfamilie streben – Würde und Hoffnung, Fortschritt und Wohlstand – hängt vom Frieden ab.“

Entsprechend dieser Ausrichtung war 1949 nicht nur die Präambel des Grundgesetzes<sup>3</sup> formuliert worden, sondern zudem auch Artikel 1:

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

Offensichtlich gelang es der deutschen Politik bisher zu wenig, diese Ausrichtung hinreichend zu verfolgen. Wäre das gelungen, so hätte Angela Merkel nicht in ihrer Neujahresansprache am 31.12.2017 erkennen lassen, dass wir uns jenseits des Bodens der freiheitlich-

---

<sup>1</sup> Thomas Kahl: Initiativen zur Unterstützung der globalen Rechtsordnung der Vereinten Nationen. Vortrag anlässlich der Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) e.V. in Stuttgart am 15. Oktober 2017 <https://youtu.be/0aswL5B2l-w> [www.globale-ordnung.de](http://www.globale-ordnung.de)

<sup>2</sup> Klosterartige Gemeinschaften erwiesen sich in dieser Hinsicht weltweit in besonderer Weise als produktiv, so etwa die Ansätze von Siddhartha Gautama Buddha und von Franziskus von Assisi. Sie bildeten die geistige Grundlage von idealen Gesellschaftskonzepten, so etwa des Science-Fiction Romans „Utopia“ von Thomas Morus (1515), von „Island“ des britischen Autors Aldous Huxley (1962) und des Liedes „Imagine“ von John Lennon. Zu den geschichtlichen Hintergründen siehe: Thomas Kahl: Die besten Jahre liegen noch vor uns. Die Menschenrechte als Basis weltweiter Gerechtigkeit und friedlicher Zusammenarbeit im Sinne der Vereinten Nationen. Berliner Wissenschafts-Verlag BWV 2017, Vorwort S. 19-31

<sup>3</sup> „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“

demokratischen Grundordnung befinden. Als damalige geschäftsführende Kanzlerin hatte sie dafür in konstruktiver Absicht verantwortungsbewusst achtsame Worte gefunden. Denn niemand sollte sich veranlasst sehen, mit kopfloser Beunruhigung zu reagieren:

„Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, das Ringen um richtige Antworten gehört zu einer lebendigen Demokratie. Wir sind - im besten Sinne - eine vielstimmige Gesellschaft. Zugleich einen uns die Werte unseres Grundgesetzes: also die Achtung vor der unantastbaren Würde jedes einzelnen Menschen und seiner Freiheitsrechte. Dass wir uns wieder stärker bewusst werden, was uns im Innersten zusammenhält, dass wir wieder deutlicher das Gemeinsame in den Vordergrund stellen, dass wir uns bemühen, wieder mehr Achtung vor dem anderen zu haben, und zwar Achtung im umfassenden Sinne - aufmerksam sein, wirklich zuhören, Verständnis aufbringen -, das sind meine Wünsche für das neue Jahr.“<sup>4</sup>

Ihre Rede war reich an Wünschen und Zielen. Diese verbinden uns miteinander: Nahezu allen Menschen dürften diese am Herzen liegen. Vor allem auch denjenigen, die sich

„Sorgen über den Zusammenhalt in Deutschland machen. Schon lange gab es darüber nicht mehr so unterschiedliche Meinungen. Manche sprechen gar von einem Riss, der durch unsere Gesellschaft geht.“<sup>5</sup>

Befänden wir uns auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, so müsste Angela Merkel solche Wünsche und Ziele nicht formulieren. Es ist jetzt dafür zu sorgen, sich auf diesen Boden zu begeben. Dabei stehen wir jedoch vor einem weltweiten Problem: In nahezu allen anderen Staaten sieht es kaum besser als in Deutschland aus, in etlichen wesentlich schlechter. Und alle befinden sich untereinander in gegenseitigen naturbedingten Abhängigkeiten und vertraglichen Verpflichtungen.

Gekommen ist es dazu insbesondere im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung: Seit 1989 ereigneten sich Entwicklungen, die für die meisten Menschen unvorhersehbar-überraschend erfolgten. Diese waren mit Hilfe derjenigen Instrumente zur Steuerung, die Politikern bis dahin vertraut waren, nicht mehr hinreichend in den Griff zu bekommen: Was bis dahin noch als zuverlässige Vorgehensweise erschien, funktionierte nicht mehr erwartungsgemäß. Niemand hat diese Entwicklungen und die Fehlleistungen, die im Umgang damit eingetreten sind, persönlich zu verantworten, zumal es überall zu Überforderungen sowie zu Rat- und Hilflosigkeit gekommen ist. Zwei Jahrzehnte intensiver Recherche und Problemlösungssuche waren erforderlich, um zu klären, wie konstruktiv-problembewältigendes Handeln gelingen kann.

Dazu ließ Angela Merkels Neujahresansprache am 31.12.2018 noch kein klares Konzept deutscher Politikausrichtung erkennen. Sie betonte als „unsere Werte“ ausdrücklich *Offenheit, Toleranz, Respekt und Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme weltweit*, auch zugunsten des *Wohles zukünftiger Generationen*. Das mag und kann den Eindruck erwecken, sie befürworte tatsächlich eine Politik, die der Friedensausrichtung der Vereinten Nationen entspricht. Doch um hier hinreichend überzeugend zu wirken, ist noch klarzustellen, wozu eine Steigerung von Ausgaben für militärische Rüstung konkret dienen soll und – vor allem – *wer wem gegenüber* mit mehr Offenheit, Toleranz und Respekt zu handeln hat.

Demokratisch-menschenrechtsgemäßes Vorgehen erfordert, dass sich alle Vertreter des Volkes sowie alle „Vorgesetzten“ unparteiisch zu Gunsten des Wohles aller Mitglieder der Bevölkerung (= des Allgemeinwohls) engagieren, indem sie Offenheit, Toleranz und Respekt gegenüber sämtlichen Anliegen der Bevölkerung zeigen, also „Achtung im umfassenden Sinne - aufmerksam sein, wirklich zuhören, Verständnis aufbringen“, wie Angela Merkel es

<sup>4</sup> [www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-neujahrsansprache-von-angela-merkel-in-voller-laenge-15367369.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-neujahrsansprache-von-angela-merkel-in-voller-laenge-15367369.html)

<sup>5</sup> [www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-neujahrsansprache-von-angela-merkel-in-voller-laenge-15367369.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-neujahrsansprache-von-angela-merkel-in-voller-laenge-15367369.html)

am 31.12.2017 formuliert hatte. Auf dieser Grundhaltung und auf dem Bemühen um bestmögliche Problemlösungen beruht die freiheitlich-demokratische Grundordnung sowohl der Vereinten Nationen als auch des deutschen Grundgesetzes.<sup>6</sup> Als einer der herausragenden „Väter“ des Grundgesetzes hatte Carlo Schmid 1946 im Parlamentarischen Rat gesagt:

„Nun das erste, was nach meiner festen Überzeugung das Leben und das Bewusstsein des deutschen Menschen von heute bestimmt, wenn er an den Staat denkt, ist, dass es keine Verstaatlichung des Menschen mehr geben darf, sondern dass die Vermenschlichung des Staates unsere Aufgabe ist. Dieses Wort Pestalozzis möchte ich darum an den Anfang dieser Ausführungen stellen. Die Würde und die Freiheit sind die beiden Räume, in denen der Mensch sich allein als Mensch entfalten kann. Der Staat hat dem Rechnung zu tragen. Es ist einer von den verhängnisvollsten Irrtümern gewesen von den vielen, die das 19. Jahrhundert in unser Bewusstsein von uns selbst hineingebracht hat, dass alles, was der Mensch hat, durch ihn vom Staate bezogen worden sei. ... Demgegenüber müssen wir zurückkehren zur alten und grundständigen Auffassung, dass der Mensch vor dem Staate da ist, dass Würde und Freiheit und was sich daraus im Einzelnen ergibt, Attribute sind, die dem Menschen selbst durch sein Menschsein anhaften und dass er nicht den Staat nötig hat, um das etwa verliehen zu bekommen. ...Der Mensch ist nicht um des Staates willen da, sondern der Staat ist dazu da, dem Menschen zu dienen und nicht ihn um seiner selbst willen zu beherrschen.“ (2. Sitzung vom 2.12.1946, S. 7)<sup>7</sup>

Konkret heißt das: An oberster Stelle stehen die Menschen und die Achtung von deren Würde und Freiheiten zur eigenständigen Lebensgestaltung. Staatliche Instanzen sowie das Staatsrecht sind dem *untergeordnet*. Sie haben dem zu dienen. Denn sie sind keine Lebewesen mit eigenem Lebensrecht, sondern organisatorische Maßnahmen, die nach Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit veränderbar sind.<sup>8</sup>

---

<sup>6</sup> Thomas Kahl: *Demokratisch* kann nur sein, was das Allgemeinwohl *nachhaltig* unterstützt. Modernes Knowhow macht es leicht, optimal für Gerechtigkeit zu sorgen.

[www.imge.info/extdownloads/DemokratischKannNurSeinWasDasAllgemeinwohlUnterstuetzt.pdf](http://www.imge.info/extdownloads/DemokratischKannNurSeinWasDasAllgemeinwohlUnterstuetzt.pdf)

<sup>7</sup> Textquelle: Thomas Kahl: Ausführungen von Carlo Schmid (SPD) zu den Grundrechten

1946. [www.imge.info/extdownloads/AusfuehrungenVonCarloSchmidSPDZuDenGrundrechten1946.pdf](http://www.imge.info/extdownloads/AusfuehrungenVonCarloSchmidSPDZuDenGrundrechten1946.pdf)

<sup>8</sup> Thomas Kahl: Unsere übliche Form von *Demokratie* versagt. Was verhilft zur erfolgreichen Durchführung von Reformen? [www.imge.info/extdownloads/UnsereUeblicheFormVonDemokratieVersagt.pdf](http://www.imge.info/extdownloads/UnsereUeblicheFormVonDemokratieVersagt.pdf)

Thomas Kahl: Missverständnisse der Bibel prägen das bisherige Staats- und Strafrecht. Die Lehre von der Erbsünde hat verheerende praktische Folgen.

[www.imge.info/extdownloads/MissverstaendnisseDerBibelPraegenDasBisherigeStaatsUndStrafrecht.pdf](http://www.imge.info/extdownloads/MissverstaendnisseDerBibelPraegenDasBisherigeStaatsUndStrafrecht.pdf)

In dieser absolutistisch-demokratiewidrigen Tradition befangen betrachtet der Staatsrechtslehrer Peter Badura auch das Grundgesetz. Laut [https://de.wikipedia.org/wiki/Peter\\_Badura](https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Badura) gilt dieses Buch als *Standardwerk* zum Staatsrecht. Auch Wolfgang Schäuble orientiert sich daran: Wolfgang Schäuble: Von der Schutzpflicht des Staates, in: „Der Tagespiegel“, 5.1.2007. [www.tagesspiegel.de/meinung/von-der-schutzpflicht-des-staates/794842.html](http://www.tagesspiegel.de/meinung/von-der-schutzpflicht-des-staates/794842.html)

„Der Staat ist ein historisch konkreter Begriff, nicht eine zeitlose Ordnungsvorstellung. Erst die europäische Neuzeit hat die Frage nach einer „**Rechtfertigung**“ des Staates gestellt, die Frage also nach dem Grund des dem Staat geschuldeten Gehorsams und nach dem Sinn staatlich ausgeübter Herrschaft. ... Die Säkularisierung der Welt und der Individualismus der Lebensdeutung, die Ausbildung der kapitalistischen Verkehrswirtschaft und das Staatsbild des Absolutismus liegen der Entstehung des neuzeitlichen Staates zugrunde. Die „Rechtfertigung“ des Staates bedeutet nicht seine Erklärung als Wirkung sozialer oder individueller Ursachen, sondern seine Anerkennung als eine vernünftige und sittlich gebotene Einrichtung. In den konfessionellen Bürgerkriegen des 16. und 17. Jahrhunderts bildet sich die staatliche Form politischer Herrschaft als eine religiös neutrale und damit ohne Rücksicht auf das religiöse Bekenntnis wirksame und legitimierbare Ordnung aus. Diesem von der Religion grundsätzlich getrennten Staat billigen die Theoretiker des neuzeitlichen politischen Denkens, JEAN BODIN (1529-1556) und THOMAS HOBBS (1588-1679), oberste Gewalt, „Souveränität“ zu. ... Im **Verfassungsstaat** ist die Staatsgewalt eine rechtlich geordnete Form politischer Herrschaft. Der Erwerb politischer Macht, ihre Ausübung und ihr Verlust sind durch rechtlich geordnete Verfahren festgelegt, die für die politischen Gruppen bindend sind und nicht nach Zweckmäßigkeit und Opportunität verändert werden dürfen.“ Peter Badura: Staatsrecht. Systematische Erläuterung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. C.H. Beck, München 1986, S. 2 f.

„Nach dem Staatsrecht der Bundesrepublik ist durch den Zusammenbruch, die Handlungen der Besatzungsmächte, die Errichtung der beiden deutschen Staaten und die später zustande gekommenen Verträge

Als besonders aufgeschlossen gegenüber dem Friedenskonzept der UN zeigten sich bislang immer wieder einzelne Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen, die Heinrich Böll-Stiftung sowie Vertreter der SPD und der Friedrich-Ebert-Stiftung, die Willy Brandts friedenspolitisches Vorgehen zur Überwindung der Konfliktspannungen des Kalten Krieges unterstützten. Während der Zeit der sozialliberalen Koalition Brandt/Scheel hatte es pädagogische Initiativen in Schulen gegeben, um friedliche Formen der Konfliktaustragung einzuüben. Diese Ansätze waren maßgeblich von der UNESCO ausgegangen, die sich als UN-Organisation weltweit zu Gunsten der Kultivierung des menschlichen Zusammenlebens engagiert. Etliche Lehrerinnen und Lehrer, die damals Friedenspolitik mit derartigen pädagogischen Mitteln unterstützen wollten, wurden in Westdeutschland der Unterstützung des „Kommunismus“ bezichtigt und mit Berufsverboten belegt.

Die UNESCO und die Weltgesundheitsorganisation WHO wurden als Hauptstützpfiler der Maßnahmen der Vereinten Nationen zur Förderung von Frieden und Sicherheit gegründet. Die umfassende Hauptaufgabe dieser Weltorganisation besteht in der Sorge für den *Schutz des Lebens auf der Erde*.<sup>9</sup>

Inwiefern *Mobbing* stattfindet und wie damit praktisch umgegangen wird<sup>10</sup>, ist ein klarer (und auch messbarer!<sup>11</sup>) Indikator dafür, inwiefern tatsächlich das erfolgt, was Angela Merkel sich am 31.12.2017 wünschte – dass uns die Werte des Grundgesetzes einen:

„Dass wir uns wieder stärker bewusst werden, was uns im Innersten zusammenhält, dass wir wieder deutlicher das Gemeinsame in den Vordergrund stellen, dass wir uns bemühen, wieder mehr Achtung vor dem anderen zu haben, und zwar Achtung im umfassenden Sinne - aufmerksam sein, wirklich zuhören, Verständnis aufbringen...“

Von *derartigem* grundgesetzkonformem Handeln sind heute allzu viele Menschen weit entfernt. Das war bereits 1996 offenkundig geworden in dem von Erwin Teufel (CDU) herausgegebenen Buch: „Was hält die moderne Gesellschaft zusammen?“<sup>12</sup>. Hierzu äußerten sich Politiker, prominente Gelehrte, Professoren unterschiedlicher Fachrichtungen, auch etliche mit juristischem Ausbildungshintergrund. Thematisiert wurden darin ausufernde Formen von Egoismus und des gesellschaftlichen Umgangs, die sich zerstörerisch auswirk(t)en. *Niemand* von denen, die in dieser Schrift zu Wort kamen, sah und erläuterte das Grundgesetz sowie die ihm zugrunde liegenden Menschen- und Grundrechte ausdrücklich als ein Gesetzeswerk, das geschaffen worden war und das geeignet ist oder sein kann, die moderne Gesellschaft zusammen zu halten.

---

und Erklärungen die rechtliche Kontinuität zwischen dem Deutschen Reich und der Bundesrepublik Deutschland nicht unterbrochen worden; die Bundesrepublik ist mit dem Deutschen Reich rechtlich identisch, d. h. die Bundesrepublik ist nicht ein neues oder anderes Rechtsobjekt im Verhältnis zum fortbestehenden Deutschen Reich.“ Peter Badura: Staatsrecht. Systematische Erläuterung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. C.H. Beck, München 1986, S. 37 f. Dem steht die *freiheitlich-demokratische Grundhaltung* gegenüber: Thomas Kahl: Staatsrecht und Grundgesetz. Freiheit/Souveränität ist die Fähigkeit, eigenes Potential ungehindert zugunsten des Allgemeinwohls einsetzen zu können. Eine Stellungnahme zu Karl Albrecht Schachtschneider: „Die Souveränität Deutschlands“ Kopp 2012.  
[www.imge.info/extdownloads/StaatsrechtUndGrundgesetz.pdf](http://www.imge.info/extdownloads/StaatsrechtUndGrundgesetz.pdf)

<sup>9</sup> Das Zusammenwirken dieser Organisationen ist das Thema der Schrift: Thomas Kahl: Der Schutz des Lebens auf der Erde. Die *freiheitlich-demokratische* globale Rechtsordnung verhilft zu weltweiter Gerechtigkeit und friedlicher Zusammenarbeit. [www.imge.info/extdownloads/DerSchutzDesLebensAufDerErde.pdf](http://www.imge.info/extdownloads/DerSchutzDesLebensAufDerErde.pdf)

<sup>10</sup> Thomas Kahl: Was hilft bei Mobbing? <http://www.imge.info/extdownloads/WasHilftBeiMobbing.pdf>

<sup>11</sup> Thomas Kahl: Qualitätsmanagement in Deutschland, Europa und weltweit. Die Entwicklung einer humanen Technologie für Global Governance.  
[www.imge.info/extdownloads/QualitaetsmanagementInDeutschlandEuropaWeltweit.pdf](http://www.imge.info/extdownloads/QualitaetsmanagementInDeutschlandEuropaWeltweit.pdf)

<sup>12</sup> Erwin Teufel (Hg.): Was hält die moderne Gesellschaft zusammen? edition suhrkamp 1996

In seinem Beitrag zum Thema betonte Professor Dr. Ernst-Wolfgang Böckenförde (SPD), ein Staatsrechtler, der Richter am Bundesverfassungsgericht (1983-1996) war: „Die Aufklärung formuliert, über die Freiheit hinaus, keine positive verbindliche Sozialidee.“<sup>13</sup> Damit ließ Böckenförde die beiden verbindenden Elemente außer Acht, die im Zuge der Aufklärung *in Ergänzung und zur sinnvollen Begrenzung* von Freiheit als erforderlich herausgestellt worden waren – nämlich 1. die christliche „Brüderlichkeit“, die sich in gegenseitiger Unterstützungsbereitschaft („Nächstenliebe“) und juristisch im *Subsidiaritätsprinzip*<sup>14</sup> zeigt, und 2. die „Gleichheit aller Menschen vor dem Recht und Gesetz“. - Böckenförde entstammt derjenigen juristischen Ausrichtung, der auch Peter Badura folgte – derjenigen von Carl Schmitt, der als „Kronjurist des Dritten Reiches“ anerkannt war.

---

<sup>13</sup> Ernst-Wolfgang Böckenförde: Fundamente der Freiheit. In Erwin Teufel (Hg.): Was hält die moderne Gesellschaft zusammen? edition suhrkamp 1996, S. 90 <https://de.wikipedia.org/wiki/Böckenförde-Diktum>

<sup>14</sup> Thomas Kahl: Die Problemlösung gelingt anhand des Subsidiaritätsprinzips. In: Thomas Kahl: Der Schutz des Lebens auf der Erde. Die *freiheitlich-demokratische* globale Rechtsordnung verhilft zu weltweiter Gerechtigkeit und friedlicher Zusammenarbeit. [www.imge.info/extdownloads/DerSchutzDesLebensAufDerErde.pdf](http://www.imge.info/extdownloads/DerSchutzDesLebensAufDerErde.pdf) Abschnitt 7.